

<p style="text-align: center;"><b>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b> ( Anfrage Nr. 1106/2014 )</p>
--

Eingereicht am 15.05.2014 um 15:04 Uhr.

**Ratsversammlung 19.06.2014**

---

**Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu den Auswirkungen der Haftpflichtsituation der Hebammen und das entsprechende Angebot an Familien**

Im August 2013 hat die Landeshauptstadt Hannover, gemeinsam mit der Stiftung „Eine Chance für Kinder“ das neue Familienhebammen-Zentrum (FHZ) eröffnet. Die Stiftung qualifiziert Familienhebammen für die aufsuchende und umfassende Betreuung von Müttern, Paaren und Familien mit Säuglingen. Im Zentrum werden niedrigschwellige medizinische und psychosoziale Hilfen miteinander verknüpft, gleichzeitig werden Beratungs-, Unterstützungs- und Kursangebote rund um Fragen zur Schwangerschaft, Geburt und das erste Lebensjahr eines Kindes durchgeführt.

Massive Steigerungen in der Haftpflichtversicherung machen es bundesweit den freien Hebammen schwer. Ein im Verhältnis dazu niedriges Einkommen wird viele Hebammen zur Berufsaufgabe zwingen. Zudem ist zu befürchten, dass Hebammen sich in Kürze nicht mehr versichern können, weil es keinen Anbieter mehr geben wird. Krankenkassen haben angekündigt, sich aus dem Versicherungsgeschäft mit den Hebammen zurückzuziehen. Auf allen politischen Ebenen wird deshalb aktuell an einer Lösung für die Versorgung mit Hebammenhilfe gearbeitet. Mit einem Abschluss ist jedoch noch lange nicht zu rechnen, da die Lösungen in ein Gesetz einfließen sollen, um die Hebammenhilfe zu sichern.

**Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung**

1. Wie viele Hebammen arbeiten in Hannover und in welcher Weise sind sie jeweils von den steigenden Beiträgen der Haftpflichtversicherung betroffen?
2. Wie nutzen Eltern aktuell die Möglichkeiten der Geburtshilfe in den Kliniken, im Familienhebammenzentrum und ausserhalb einer Geburtsklinik?
3. Welche Auswirkungen hätte ein „Aussterben“ der Hebammentätigkeit für das Familienhebammenzentrum, für die Kliniken und vor allem für die Eltern in ihrer Entscheidung zur Geburtshilfe und für die Betreuung nach der Geburt?

Lothar Schlieckau  
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 16.05.2014